

Widerstand gegen die Asylanlage im Hochfeld

Von Martin Erdmann. Aktualisiert am 04.05.2012 7 Kommentare

Das unterirdische Asylzenter im Hochfeld sorgt für Ärger: Ein Bündnis verschiedener Organisationen kritisiert die Unterbringung Asylsuchender im «Asylbunker» und ruft zur Demonstration auf.



«Menschenrechtswidrige Zustände»: Am Samstag wird für die Schliessung des Asylzentrums Hochfeld demonstriert.
Bild: Franziska Scheidegger

Demonstration

Die Demonstration für die Schliessung des «Asylbunkers» Hochfeld startet am Samstag, 5. Mai, um 14 Uhr am Hirschengraben. Sie endet um 16 Uhr bei der Zivilschutzanlage Hochfeld. Die Organisatoren rechnen mit rund 100 Teilnehmern.

Seit Anfang Jahr wohnen in der Berner Länggasse Asylsuchende. Sie sind in der Zivilschutz-Anlage unter der Hochfeld-Turnhalle untergebracht. Nun formiert sich Widerstand gegen die unterirdische Anlage: Die Organisationen Alternative Linke Bern (AL), Augenauf Bern, Attac Bern, Bleiberecht Bern, Debatte Forum und Solidarité sans frontières sehen den «Asylbunker» als

Bildstrecke



Die ersten Familien im Asylzentrum Hochfeld sind da

Freitag 6. Januar 2012 sind im Asylzentrum Hochfeld die ersten Leute eingezogen. Sie reisten aus verschiedenen Ländern an, wie Afrika, Asien, aus dem Balkan und aus dem Nahen Osten.

Artikel zum Thema

80 zusätzliche Plätze im Hochfeld
Ein Dutzend Anrufe auf die Asyl-Hotline

Teilen und kommentieren

Asylbereich, schreibt das Bündnis. Um Profite zu erzielen, nehme sie dabei gar Gesetzesverstösse des Auftraggebers in Kauf. So beauftrage das Bundesamt für Migration (BFM) seit 20 Jahren die ORS AG mit dem Betrieb der sieben Asylzentren des Bundes. «Damit verstösst es gegen das Gesetz, denn die Leistungsaufträge müssen alle fünf Jahre öffentlich ausgeschrieben werden.» Das habe das BFM nicht getan. (DerBund.ch/Newsnet)

Erstellt: 04.05.2012, 13:40 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)

Verstoss gegen die Menschenrechte und fordern dessen Schliessung. In einer Mitteilung ruft das Bündnis für diesen Samstag deshalb zu einer Demonstration auf (siehe Box).

«Die Situation ist menschenunwürdig»

«Die Platzverhältnisse sind beengend. Es gibt keine Möglichkeit auf Privatsphäre», sagt AL-Mitglied Christa Ammann gegenüber DerBund.ch/Newsnet. Zudem stünden den Asylsuchenden keine Kochmöglichkeiten zur Verfügung. «Die Situation ist menschenunwürdig», fasst Ammann zusammen. Vorschläge für alternative Standorte hat Ammann nicht. Dafür sei der Kanton zuständig. «Es gibt genügend leerstehende Gebäude, die nicht genutzt werden.»

Die Kritik des Bündnisses gilt indes nicht nur der Unterkunft, sondern auch deren Betreiberin, der ORS AG. Grundsätzlich wird die «Liberalisierung öffentlicher Aufgaben» angeprangert.

Die gewinnorientierte ORS AG verdränge nichtgewinnorientierte Organisationen aus dem